

Forderungen zur Bundestagswahl

Eine gerechte Handelspolitik – statt TTIP und CETA!

In den vergangenen Jahren hat sich eine breite Bewegung gegen neoliberale Handelspolitik entwickelt. Sie hat die Politik in Deutschland und Europa nachhaltig verändert. Millionen Menschen haben mit ihrer Unterschrift gegen die Handelsabkommen TTIP und CETA protestiert, Hunderttausende haben sich an den Demonstrationen gegen TTIP und CETA beteiligt. Auch andere Verhandlungen, wie beispielsweise TiSA und die Abkommen mit dem Globalen Süden stehen zu Recht in der Kritik.

In den nächsten Jahren sollen durch die EU mehr als 20 Freihandels- und Investitionsschutzabkommen verhandelt bzw. beschlossen werden¹. EU-Kommission und Bundesregierung setzen auf eine Ausweitung der bisherigen Handelspolitik und nutzen die Trump-Politik als zusätzliche Begründung dafür. Wir halten jedoch die Gegenüberstellung Freihandel oder Protektionismus für eine falsche, von den wirklichen Problemen ablenkende Darstellung. Was wir brauchen, ist nicht mehr von der alten Handelspolitik, sondern eine neue Handelspolitik, die soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung setzt. CETA erfüllt diese Bedingungen nicht. Daher fordern wir von der nächsten Bundesregierung sich für die folgenden Bedingungen in Handelsabkommen stark zu machen, und Abkommen abzulehnen, die diese nicht erfüllen:

1. Mehr demokratische Mitbestimmung und Transparenz

Handelsabkommen greifen tief in politische Prozesse ein. Dennoch werden sie bisher weitestgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Parlamente verhandelt. Wir fordern:

- Das Europaparlament muss über das Mandat gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden. Bis es zu einer Vertragsänderung kommt, kann dies über eine Vereinbarung zwischen Kommission, Rat und EP geregelt werden („inter-institutional agreement“.)
- Der Bundestag muss die Regierung im Rat stärker kontrollieren und kontroverse Punkte in die Öffentlichkeit tragen. Vor der Mandatserteilung muss es eine öffentliche Anhörung im Bundestag geben.
- Alle Verhandlungsdokumente inklusive der Mandate müssen von Beginn an öffentlich gemacht werden. Eine dementsprechende Klausel sollte in die Verordnung zum Zugang zu Dokumenten eingefügt werden, die derzeit reformiert wird.

¹ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/december/tradoc_118238.pdf

2. Standards nach oben schrauben anstatt sie abzusenken

Die bisherige Handelspolitik befeuert einen globalen Wettlauf um die niedrigsten Standards und Löhne. Standards werden als Handelshemmnisse eingestuft und abgebaut. Gewählte Regierungen verlieren dabei mehr und mehr Gestaltungsmacht zugunsten des Marktes. Wir fordern:

- Beim Abschluss von Handelsabkommen sollen Mindeststandards in verschiedenen Bereichen vereinbart werden. So wird die Handelspolitik ein Instrument, um ökologische, soziale und menschenrechtliche Standards weltweit nach oben zu schrauben. Verbindliche Vorgaben mit Durchsetzungsmechanismen zur Steuerkooperation, zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der ILO Kernarbeitsnormen müssen zur Vorbedingung von Handelsabkommen gemacht werden.
- Die schwachen Nachhaltigkeits-Kapitel bisheriger Abkommen sollen sich dem zwischenstaatlichen Streitschlichtungsmechanismus von Handelsabkommen unterwerfen und die Vorgaben verbindlich sein.
- Eine regulatorische Kooperation, wie vorgesehen in TTIP und CETA, ist gefährlich. Entscheidungen können so am Gesetzgeber vorbei getroffen werden. Deshalb braucht es einen neuen Ansatz: Standards können nur dann angeglichen werden, wenn sich der Handelspartner mit den niedrigeren Standards dem mit den höheren anpasst.

3. Unternehmenspflichten statt einseitige Investor-Staat-Klagerechte

Zahlreiche Handels- und Investitionsschutzabkommen ermöglichen es Unternehmen gegen Staaten zu klagen, wenn sie ihre Profite durch staatliche Maßnahmen geschmälert sehen. Mit diesen Sonderklagerechten können ausländische Investoren den nationalen Rechtsweg umgehen und werden privilegiert. Angedrohte oder tatsächlich durchgeführte Klagen stellen eine Gefahr für die Demokratie und den sozial-ökologischen Fortschritt dar. Wir fordern:

- Abkommen sollen sowohl auf Sonderklagerechte für Konzerne als auch auf materielle Privilegien für ausländische Investoren verzichten. Bestehende Verträge sollten dementsprechend gekündigt oder jedenfalls nachverhandelt werden. Als ersten Schritt sollte die Bundesregierung alle innereuropäischen BITs und die Energiecharta kündigen.
- Der aktuelle Vorschlag der EU-Kommission für einen Multilateralen Investitionsgerichtshof bringt nur kosmetische Veränderungen und zementiert die gefährlichen Sonderklagerechte. So lange Investoren privilegiert werden, und nicht auch Investorenpflichten verbindlich festgeschrieben werden, sollte der Vorschlag abgelehnt werden.
- Die neue Bundesregierung muss ihre Blockade im Menschenrechtsrat für einen VN Vertrag zu Menschenrechten und transnationalen Konzernen (UN Binding Treaty) aufgeben. Es muss möglich sein, dass Betroffene von Menschenrechtsverletzungen gegen transnationale Konzerne klagen können.

Das **Netzwerk Gerechter Welthandel** ist im April 2017 aus dem Zusammenschluss der folgenden Bündnisse entstanden: zivilgesellschaftliches Bündnis TTIPunfair-Handelbar und Trägerkreis der bundesweiten Großdemonstrationen „CETA & TTIP STOPPEN! - Für einen gerechten Welthandel!“

www.gerechter-welthandel.org